



«Meinungsfreiheit wichtig für unsere Demokratie»

ZÜRICH. Nach dem Verbot in Basel zögern weitere Städte, die Anti-Minarett-Plakate zu erlauben. Die SVP tobt – teils zu Recht, sagt ein Rechtsprofessor.

Basel-Stadt hat die Anti-Minarett-Plakate wegen «rassistischem Inhalt» kurzerhand verboten. Zürich, Winterthur und Luzern haben laut «Tages-Anzeiger» bei der Rassismuskommission ein Gutachten bestellt, das ihnen bei der Entscheidung helfen soll. Und auch Bern, Chur, Freiburg und Genf zögern, die umstrittenen Plakate zu erlauben.

Die SVP überlegt sich, gegen den Basler Entscheid Rekurs einzulegen und beim Kanton eine Beschwerde wegen Verletzung der Meinungsfreiheit einzureichen. «In Basel

TALKBACK: Was ist Ihre Meinung zum Verbot der Plakate zur Anti-Minarett-Initiative?

20 Minuten Online

leben viele Muslime. Der Entscheid zeigt auf, dass die Behörden bereits vor ihnen kapituliert haben», poltert SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Walter Wobmann, Präsident des Initiativkomitees, doppelt nach: «Es geht das Loch runter mit der Demokratie.»

Strafrechtsprofessor Peter Albrecht – selbst klarer Gegner der Anti-Minarett-Plakate – hat Verständnis für diese Aussage: «Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.» Er empfiehlt den Städten, bei grossflächigen Verboten «Zurückhaltung» walten zu lassen. Hisham Maizar, Präsident der Islamischen Dachorganisation in der Schweiz, dagegen bezeichnet das Argument der Meinungsfreiheit als «scheinheilig»: «Die Minarett-Gegner machen mit den Muslimen das, was das Dritte Reich mit den Juden machte: Sie diskriminieren und grenzen religiöse Minderheiten aus.»

Désirée Pomper

Keine Inserate in Zeitungen

ZÜRICH. Nicht nur die Städte, auch die Medienhäuser haben Mühe mit dem Minarett-Plakat: Gleich zwei grosse Schweizer Zeitungsverlage verzichten laut Radio 1 mehrheitlich auf den Abdruck des Anti-Minarett-Sujets als Inserat. Für den Ringier-Verlag Schweiz setzen die Inserate Minarette und Islam gleich mit Gewalt. Auch Tamedia-Titel verzichten auf den Abdruck der Inserate, da diese den «ethischen und redaktionellen Grundsätzen des Tamedia-Verlages widersprechen», so Sprecher Christoph Zimmer. Noch keinen Entscheid gefällt hat der NZZ-Verlag.

SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat für den Inserate-Boycott der Zeitungsverlage kein Verständnis: «Jetzt kuschen sogar die Zeitungen vor dem Islam.» Strafrechtsprofessor der Universität Basel, Peter Albrecht, dagegen meint: «Verlage sind private Unternehmen, die ihre Entscheide selbst treffen können. Das ist etwas anderes, als wenn staatliche Behörden ein Verbot erlassen, das die ganze Bevölkerung betrifft.» dp



20 Minuten Gesamtausgabe

07.10.2009

Auflage/ Seite 529618 / 6

9066

Ausgaben 300 / J.

7452914

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
20 Minuten ZH	198'778
20 Minuten BS	100'426
20 Minuten BE	124'475
20 Minuten LU	51'895
20 Minuten SG	54'044